

Selected Student Papers

www.ipw.rwth-aachen.de/pub/select_tx.html

ISSN 1862-8117

Selected Student Paper Nr. 45, Oktober 2014

Jannis Ntokas

Chancen und Risiken der Förderung möglicher Öl- und Gasvorkommen vor der Küste Griechenlands

Zugl.: Aachen, Techn. Hochsch., Bachelorarbeit 2014

Online veröffentlicht unter:

http://www.ipw.rwth-aachen.de/pub/select/select_45.html

Veröffentlicht von:

Institut für Politische Wissenschaft

RWTH Aachen

Mies-van-der-Rohe-Straße 10

52074 Aachen

www.ipw.rwth-aachen.de

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	4
2	Chronologie der griechischen Öl- und Gasförderung.....	5
3	Chancen der Öl- und Gasförderung.....	9
3.1	Chancen zur Haushaltsentlastung und wirtschaftlichen Erholung	9
3.2	Rohstoffvorkommen als integratives Element	13
4	Risiken und Hindernisse der Öl- und Gasförderung.....	16
4.1	Rohstoffvorkommen als desintegratives Element.....	16
4.1.1	<i>Grenzkonflikte mit der Türkei.....</i>	<i>17</i>
4.1.2	<i>Grenzkonflikte mit Libyen und Ägypten.....</i>	<i>19</i>
4.2	Ökonomische Risiken.....	21
4.2.1	<i>Ressourcenfluch.....</i>	<i>21</i>
4.2.2	<i>Ölabhängigkeit.....</i>	<i>25</i>
5	Fazit.....	27

Abkürzungsverzeichnis

bbl/d	barrels per day (Barrel pro Tag)
BIP	Bruttoinlandsprodukt
DEPA	Dimosia Epichirisi Paroxis Aeriou (Öffentliche Gasversorgung)
EEZ	Exclusive Economic Zone (Ausschließliche Wirtschaftszone)
EU	Europäische Union
EZB	Europäische Zentralbank
GDP	Gross Domestic Product (Bruttoinlandsprodukt)
IEA	International Energy Agency
IWF	Internationaler Währungsfonds
kb/d	Tausend Barrel pro Tag
ktoe	Tausend Tonnen Öläquivalent
Mtoe	Megatonnen Öläquivalent
OECD	Organisation for Economic Co-Operation and Development
TFC	Total Final Consumption (Gesamtendverbrauch)
UNCLOS	United Nations Convention on the Law of the Sea (Seerechtsübereinkommen)
US	United States (of America) (Vereinigte Staaten von Amerika)

1 Einleitung

Die finanzielle Lage in Griechenland erscheint nach wie vor besorgniserregend: Griechenland wies im Jahr 2010 eine Staatsverschuldung von über 374 Milliarden Euro auf und bildete damit Schulden in Höhe von 129,2% des Bruttoinlandsproduktes. Der Staat wird aufgrund der Tatsache, dass Griechenland sich auf den internationalen Finanzmärkten nicht mehr refinanzieren kann, durch Finanzhilfen anderer EU-Staaten vor der faktischen Zahlungsunfähigkeit bewahrt. Zugleich fordert die Troika – bestehend aus IWF, EZB und EU-Kommission – von der griechischen Regierung weitreichende Sparmaßnahmen. Die totale Staatsverschuldung ist dadurch zwar im Jahr 2012 auf 106,5% des BIP gesunken, die sozioökonomischen Auswirkungen dieser Austeritätspolitik sind jedoch gravierend und bringen entsprechend einen bedeutsamen Teil der Bevölkerung in sehr prekäre Existenzlagen – die Arbeitslosenquote erreichte 2012 einen Anteil von 24,2% und das Bruttonationaleinkommen pro Kopf sank zwischen 2008 und 2012 von 27.080€ um 14,1% auf 23.260€¹ bei gleichzeitiger Verringerung sozialstaatlicher Mechanismen (vgl. Weltbank 2014). Die Überwindung der ökonomischen Krise erscheint angesichts der anhaltend schlechten Zahlen schwierig.

Dabei gibt es Stimmen, die einen Lösungs- oder zumindest Milderungsansatz der wirtschafts- und finanzpolitisch und damit sozial prekären Situation in Betracht ziehen, der bereits seit längerer Zeit existiert und zumindest in Griechenland erneut eine öffentliche Diskussion auslöste: die weitreichende Förderung von bisher nicht erschlossenen Öl- und Gasquellen, die großflächig vor den Küsten des Staatsgebietes liegen sollen. Je nachdem, wie groß diese Rohstoffmengen sind, sollen sie zur Erholung der allgemeinen Situation im Land führen.

So vielversprechend der Vorstoß ist, so wirft er zugleich grundlegende Leitfragen auf, die für die differenzierte Evaluation der Thematik fundamental sind: Ist die Behauptung, dass sich vor den Küsten Griechenlands große Öl- und Gasfelder befinden, haltbar? Hat Griechenland durch bisherige Förderaktivitäten Erfahrungswerte mit der Gewinnung von fossilen Brennstoffen? Wäre es rechtmäßiges Land der Förderrechte oder besteht ein legitimer Anspruch anderer Staaten auf die Öl- und Gasquellen im eng begrenzten Mittelmeer? Kann die Ausbeutung der fossilen Brennstoffe tatsächlich zur Verbesserung der allgemeinen Lebensqualität beitragen und gibt es ökonomische Risiken, die unbedingt bedacht werden müssen? Der Bearbeitung dieser Leitfragen wird folgende These vorangestellt, die anhand ebendieser Fragen bewertet werden soll:

Rohstoffförderungen vor den Küsten Griechenlands bringen neben Chancen vor allem Risiken mit sich. Nur wenn diese im Voraus erkannt und dementsprechend behandelt

¹ Vergleichsweise sank das BNE pro Kopf in der gesamten Eurozone im gleichen Zeitraum um 1,6% von 38.494,30€ auf 37.884,2€ (vgl. Weltbank 2014).

werden, kann man Gefahren eindämmen und das Nutzenpotential bedeutender Erdöl- und Erdgaslagerstätten entfalten.

Die Bewertung wird im Rahmen der Leitfragen so erarbeitet, dass einleitend die Vergangenheit beleuchtet wird, bei der bisherige Förderaktivitäten Griechenlands betrachtet und für die Thematik wichtige Ereignisse aus der näheren Geschichte des umliegenden Gebietes aufgefasst werden. Darauf folgend werden die potentiellen Chancen des griechischen Staates erläutert, die in der Förderung von Erdöl und -gas liegen: die Möglichkeiten der ökonomischen Gesundung und – durch den wahrscheinlich integrativen Effekt der Ölquellen – die Aussicht auf eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der EU und Griechenland. Anschließend widmet sich die Arbeit den Risiken und Hindernissen, die in einer Veranschaulichung der Grenzkonflikte, der Problematik des Ressourcenfluchs und der generellen Erdölabhängigkeit zusammengefasst werden können. Am Schluss steht das Fazit, in dem die beantworteten Leitfragen der These gegenübergestellt werden, um diese endgültig zu beurteilen.

In der deutschen Presselandschaft wird stellenweise über ebendieses Thema berichtet, allerdings zumeist nicht differenziert genug, sodass jene Zeitungsartikel als Quellen lediglich ergänzend berücksichtigt werden können. Literatur, die diese Angelegenheit allumfassend behandelt, ist aufgrund der Aktualität sowie der teilweise offenen Fragestellung des Themas nicht gegeben. Jedoch gibt es ausreichend sekundärwissenschaftliche Abhandlungen, die sowohl in Form von Reporten und Berichten staatlicher und privater Institute als auch in Form von Zeitschriftenartikeln und Monographien vorhanden sind, die das Oberthema jeweils partiell behandeln. Somit lässt sich für die ausgewählte Aufgabenstellung eine wissenschaftlich fundierte Bachelorarbeit erstellen.

2 Chronologie der griechischen Öl- und Gasförderung

Die ersten griechischen Förderbemühungen, die damals noch auf on-shore Areale begrenzt waren, sind auf die frühen sechziger Jahre zurückzuführen. Im Verlaufe der Zeit wurden die Möglichkeiten der Kohlenwasserstoffförderung zunehmend auf den off-shore Bereich erweitert, da der Staat nun – besonders durch die Kooperation mit dem *Institut für Geologie und Mineralexploration* (IGME) und dem *Institute Francais du Petrol* (IFP) – auf förderbare Öl- und Gasreserven innerhalb des staatlichen Gebiets hoffen durfte. In Folge dessen vergab Griechenland zu Beginn der siebziger Jahre Konzessionen an verschiedene multinationale Firmen zur Exploration der maritimen Bereiche des staatlichen Territoriums² (vgl. Griechisches Ministerium für Umwelt, Energie und Kli-

² Beispiele für die Konzessionsvergabe sind die Explorationsrechte von ESSO in und um Peloponnes, TEXACO im Golf von Thermaikos und CHEVRON im Bereich der Insel Limnos (vgl. Griechisches Ministerium für Umwelt, Energie und Klimawandel).

mawandel). Einen signifikanten Fund nach Beendigung der Explorationsphase im Jahr 1974 konnte das internationale Konsortium mit dem amerikanischen Hauptaktionär *Oceanic* vermelden, das die Untersuchungsrechte für das thrakische Meer erhalten hatte: Westlich der Insel Thassos entdeckte man das Erdölfeld *Prinos* und das Erdgasfeld *Kavala-Süd*, die beide im sogenannten Prinos-Becken liegen. Dieses Becken befindet sich größtenteils off-shore in einer niedrigen Meerestiefe von 50 Metern und weist eine Fläche von 800 Quadratkilometern auf (vgl. Papaconstantinou und Proedru 2004) und bot sich demnach besonders zur Ausbeutung seiner Ressourcen an.

Die erfreulichen Ergebnisse aus den Erkundungsunternehmungen veranlassten die griechische Regierung im Jahr 1975 zur Gründung der staatseigenen *Public Petroleum Corporation*. Damit übernahm der Staat die Verantwortung für alle bisherigen Explorations-, Bohr-, und Förderaktivitäten sowie den Import von Rohöl und Raffineriearbeiten. Zugleich vergab man Aufträge an internationale Öl- und Gasfirmen zur Erschließung neuer Kohlenwasserstoff-Reserven (vgl. Griechisches Ministerium für Umwelt, Energie und Klimawandel).

Im Jahr darauf kam es zur Gründung der *North Aegean Oil Company* (NAPC), die zur Förderung der beiden größten Öl- bzw. Gasreserven – Prinos und Kavala-Süd – aufgestellt wurde und an der sich zu einem Großteil die kanadische *Denison Mines Ltd.* beteiligte, die sich 1979 sogar die restlichen Anteile, beispielsweise von der *Wintershall AG*, aneignete (vgl. New York Times 1981). Damit begannen die konkreten Vorbereitungsarbeiten zur kontinuierlichen Förderung der beiden Öl- und Gasquellen, die zwei Jahre später, 1981, letztendlich implementiert werden konnte. Die Fördermenge an Öl betrug im ersten Jahr der Aktivität zwischen 8.000 und 10.000 Barrel pro Tag und stieg im Jahr 1985 auf 27.500 an – dies entsprach mehr als zehn Prozent des damaligen griechischen Eigenbedarfs (vgl. Höhler 2012) – und sank seitdem stetig bis zum prognostizierten Jahr der Förderbeendigung 1996 ab. Die Gasproduktion begann 1981 mit einem Fördervolumen von 40 Millionen Normkubikmeter und erreichte im Jahr 1989 das Spitzenergebnis von 283 Millionen Normkubikmeter (vgl. Energean Oil & Gas a & b).

Im Zuge der zur Neige gehenden Öl- und Gasproduktion vergab der griechische Staat 1995 erneut sechs Explorationskonzessionen an ausländische Firmen, die im Jahr darauf ihre Arbeit begannen.³ Diese brachte jedoch nicht die erhofften Ergebnisse zustande, sodass den erforschten Gebieten in Griechenland nicht das vermutete Potenzial zugeschrieben werden konnte, die NAPC die Rechte für die Lagerstätten an den Staat zurückgab und sich die beteiligten Firmen aus den Projekten zurückzogen. Auf seiner In-

3 Die NAPC wollte auch östlich von Thassos Probebohrungen durchführen, da sie dort ebenfalls bedeutsame Mengen fossiler Brennstoffe vermutete. Die griechische Regierung untersagte jedoch aufgrund anhaltender Grenzstreitigkeiten mit der Türkei jegliche Explorationsarbeiten (vgl. Axt & Kramer 1990). Die Problematik, auf die in Kapitel 4.1.1 detaillierter eingegangen wird, wird hier bereits erkennbar.

ternetpräsenz hält das griechische Ministerium für Umwelt, Energie und Klimawandel hierbei fest:

“Two important targets were not investigated: In Ioannina deep drilling was abandoned due to serious technical problems by the company Enterprise Oil and in Western Patraikos Gulf the planned drilling program was not executed because of the acquisition of Triton Ltdl by Amerada Hess.” (Griechisches Ministerium für Umwelt, Energie und Klimawandel)

Die Förderaktivitäten in Griechenland schienen weitgehend beendet worden zu sein, so dass die 1998 aus der Public Petroleum Cooperation hervorgegangene und ebenfalls staatliche Firma *Hellenic Petroleum* die restlichen Fördermengen von der nun bei Prinos und Kavala-Süd tätigen *Kavala Oil SA* aufkaufte und entsprechend verteilte (vgl. *Hellenic Petroleum*).

Doch zu Beginn der Jahrtausendwende interessierte sich das britische Unternehmen *Regal Petroleum* zunehmend für die Öl- und Gasfelder in der Ägäis. Probebohrungen zeigten vor allem neue Ölfelder, nämlich *Prinos-Nord*, *Kallirachi 1 & 2* und *Epsilon* und neue Gelegenheiten bezüglich bestehender Felder auf, von denen allein Kallirachi 1 laut unabhängigen Geologen ein förderbares Volumen von 227 Millionen Barrel Öl besaß. Bis zum Januar 2005 erhöhte Regal Petroleum seinen Anteil an der Kavala Oil SA auf 95% (vgl. *Regal Petroleum 2004a*). Doch auch hier brachten die endgültigen Ergebnisse Ernüchterung ein, sodass das britische Unternehmen im September 2005 den Rückzug aus seinen Projekten in Griechenland verkündete:

“The Board of Regal are pleased to advise that a settlement has been reached with the Union at Kavala Oil SA, Regal's subsidiary in Greece, in respect of the recent industrial unrest. Under the settlement, it has been agreed that the operational management of Kavala Oil SA, including the economics of operations, shall be undertaken by Greek local management, with the assistance of the unionised workforce with the aim of making the operation successful. Regal's participation will remain as the majority shareholder of Kavala Oil SA but without participating in the day to day operational management.” (*Regal Petroleum 2005*)

Seitdem waren die Bemühungen, auf griechischem Territorium auf großflächige und förderbare Öl- und Gasreserven zu stoßen, gering. Erfahrungswerte, Unklarheiten hinsichtlich der Grenzproblematik und vor allem die griechische Wirtschafts- und Finanzkrise ließen die Förderaktivitäten zunehmend in den Hintergrund geraten. Doch Mittelmeer-Explorationen aus jüngerer Vergangenheit lassen die Hoffnungen auf bedeutende Vorräte fossiler Brennstoffe innerhalb des griechischen Territoriums erneut in den Fokus rücken:

“An important geological reassessment of the oil and gas potential of the eastern Mediterranean area is presently underway. If the expectations are confirmed, the area could become a world-class hydrocarbon province. For instance, recent exploratory activity in the offshore area encompassed between Israel and Cyprus has confirmed major natural gas fields that could radically change the energy outlook of the area.” (Hafner, Tagliapietra und El Elandalousi, El Habib 2012:10)

Vor allem die Lagerstätten *Leviathan* innerhalb der Ausschließlichen Wirtschaftszone Israels und *Cyprus Block 12* vor Zypern, deren Entdeckungen im Juni beziehungsweise

im Dezember 2010 bestätigt wurden, besitzen ein riesiges Förderpotenzial für Erdgas, das zusätzlich zur Abdeckung des eigenen Bedarfs ein hohes Exportvolumen in Aussicht stellt. Zuvor hatten sich die beiden Staaten auf ihre jeweiligen maritimen Ausschließlichen Wirtschaftszonen geeinigt und streben nun hinsichtlich einer Exportstrategie kooperative Projekte an, beispielsweise in Form eines Feldes für Flüssigerdgas zur Speicherung und zum besseren Transport für den europäischen Gasmarkt (vgl. Popovici 2012).

Diese Erfolge Zyperns und Israels motivierten Griechenland nun, sich den eigenen Ressourcenreichtum bestätigen zu lassen und damit neue Einnahmequellen forcieren zu können (vgl. Bruneton, Foskolos und Konofagos 2011: 8). Die 2007 an den Staat zurückgeführten Konzessionen für Explorationen wurden im Jahr 2012 in Form einer *open-door-Ausschreibung* neu ausgelegt und vergeben (vgl. Griechisches Ministerium für Umwelt, Energie und Klimawandel). Seitdem führt vor allem die norwegische Firma *Petroleum Geo-Services* im Ionischen Meer und südlich von Kreta seismische Untersuchungen durch, deren Ergebnisse nun bereit stehen sollen und im Verlaufe des Jahres zwecks Vergabe von Explorationskonzessionen zur Verfügung stehen sollen (vgl. *Petroleum Geo-Services* 2012; vgl. Daly 2013).

Resümierend lässt sich festhalten, dass sich das östliche Mittelmeer als Stätte großer Reserven fossiler Brennstoffe herausstellt. Die Öl- und Gasförderung vor den Küsten Griechenlands wird folglich nach ersten bedeutsamen Aktivitäten in den Achtzigern voraussichtlich ein neues und größeres Kapitel aufschlagen. Um dieses erfolgreich angehen zu können, müssen Chancen und Risiken bedacht werden. Diese werden in den folgenden Kapiteln analysiert, um einen Überblick auf die Thematik der Kohlenwasserstoffproduktion in Griechenland geben zu können.

3 Chancen der Öl- und Gasförderung

3.1 Chancen zur Haushaltsentlastung und wirtschaftlichen Erholung

Griechenland weist in seinem Verbrauch der Primärenergiequellen einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Erdöl auf: Im Jahr 2012 entsprach dieser Anteil 53,6% der gesamten Primärenergiekonsumption von 29,4 Mtoe. Zusammen mit Erdgas (10,1%) machen diese beiden fossilen Energieträger fast zwei Drittel des Primärenergiebedarfs aus (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2012). Die eigene Erdölförderung lag im Jahr 2011 dabei lediglich bei 99 ktoe und die Erdgasförderung bei 6 ktoe, sodass ein großer Bedarfsüberschuss entsteht und Griechenland – bezogen auf alle Energieträger –

eine Energieimportabhängigkeit von 65,3% im Jahr 2011 aufwies, die noch höher als der ohnehin schon kritische europäische Durchschnitt von 53,8% ist (vgl. eurostat 2014). Besonders die Ressource Öl spielt dabei eine strategisch entscheidende Rolle:

“Oil has by far the highest share in final energy consumption in Greece; 65% in 2009. This share has remained relatively steady over time. In addition to the transport sector, oil is also the dominant fuel in industry and the buildings sector. Among the IEA member countries, Greece has the highest share of oil in TFC, and only Ireland is in a similar situation where oil dominates all consumption sectors. Among the OECD countries, only Mexico has a higher share of oil in TFC.” (International Energy Agency 2011: 20)

Die möglichen Erdöl- und Erdgasvorkommen vor den Küsten Griechenlands sollen und könnten nun helfen, die energiestrategisch schwache Position Griechenlands durch die Ausbeutung der Reserven zu verbessern. Inwieweit diese Kohlenwasserstoffvorräte die Energiewirtschaft beleben können, ist dabei noch unklar. Dementsprechend erkennt man, dass die Spekulationsbreite über die Ausmaße, die die zukünftigen griechischen Aktivitäten zur Gewinnung der Primärenergieträger bringen könnten, angesichts der fehlenden genauen Bestimmungen durch Explorationen groß ist. Zumindest im Fallbeispiel Kreta lässt sich durch die Anwesenheit sogenannter Schlammvulkane vor den Küsten auf bedeutende fossile Reserven schließen, da diese Vulkane global gesehen – beispielsweise durch Funde im Golf von Mexiko – in einem signifikanten Zusammenhang mit der Entdeckung von Gasvorkommen stehen (vgl. Bruneton, Foskolos und Konofagos 2011: 14f). Einen zahlenmäßigen Überblick, der allerdings keinen Anspruch auf vollständige Zusammenführung aller Förderprognosen darstellt,⁴ bietet ein Artikelabschnitt der *Defense & Foreign Affairs Group*:

“The estimate by both the company and by Greek energy analysts was that the Prinos ‘Epsilon’ field had approximately 50-million barrels and 17,000 to 20,000 barrels a day could be produced over the next couple of years. A more interesting aspect was the overall potential of all known offshore fields in Greece. Recent scientific and economic conferences have presented figures of approximately 22-billion barrels in the Ionian Sea (off the coast of western Greece) and some four-billion barrels in the northern Aegean Sea. Of these, 10 percent could be exploited and be financially viable.

The region involved — according to determinations made in late 2007 — has a total surface area of around 62,000 sq. km. (32,447 sq. km. land, and 28,250 sq. km. of sea).

The 2008 findings of Greek Prof. Antonis Foskolos, and earlier by the Canadian geological service, were that ‘the region has the potential for up to two-billion barrels of oil’.” (Defense & Foreign Affairs 2012)

Die Unterscheidung, in die sich alle Aussagen einteilen lassen, ist einerseits diejenige, dass das Volumen lediglich so hoch eingeschätzt wird, dass es zur Deckung eines bestimmten Teils des Eigenbedarfs dienen kann; andererseits lassen sich solche Prognosen zusammenfassen, die das Fördervolumen für so groß befinden, dass es über die De-

4 Eine detaillierte Zusammenfassung jeglicher Prognosen des möglichen Fördervolumens ist angesichts der Vielzahl an Stimmen und problematischen Verfügbarkeit schwierig und aufgrund der oftmals – höchstens auf Grundlage früherer seismischer Untersuchungen beruhenden – geschätzten Aussagen mit keinem bedeutenden Mehrwert versehen und würde darüber hinaus den quantitativen Rahmen der Arbeit übersteigen.

ckung des Eigenbedarf hinaus zum Teil für den Export zur Verfügung stehen soll. Daraus ergeben sich allgemein unterschiedliche quantitative Nutzenpotenziale, die für die Frage nach der Reichweite der Chancen zentral sind.

Bei der Bestimmung der umrahmenden Gewinnungsgestaltung der Erdöl- und Erdgasförderung zur Entlastung des Staatshaushaltes steht ein weiteres Paradigma im Vordergrund: die jeweiligen Rollen von Staat und Privatwirtschaft zur Schöpfung und weiteren Behandlung der Ressourcen bis zum Verkauf.

Diesbezüglich stellt sich die Frage, ob die Inbetriebnahme und Steuerung der Förderstätten staatlich oder privatwirtschaftlich betrieben werden sollen. Bei einer Umsetzung, in welcher ein öffentliches Unternehmen die Geschicke über mögliche Lagerstätten sowie den späteren Vertrieb der fossilen Reserven übernehme, hätte der Staat zumindest konzeptuell die Hoheitsrechte über das gesamte Volumen der Erdöl- und Erdgasförderung. So könnte er den Eigenbedarf je nach Umfang der Vorkommen zu einem gewissen Grad sicherstellen und muss dazu nicht auf dem internationalen Gas- bzw. Ölmarkt einkaufen. Darüber hinaus könnte er im Falle einer Exportmöglichkeit als Anbieter auf jenen Märkten agieren und die erzielten Einnahmen direkt zur Entlastung des Staatshaushaltes nutzen (vgl. Duero und Toft 2011).

Der Aufbau einer derartigen Gewinnung fossiler Brennstoffe und damit verbunden die Akkumulation von Kapital, der weiterführende Vertrieb sowie die Allokation der Reserven im Inland und der Transport in nachfragende Regionen würde – besonders die jetzigen – Möglichkeiten Griechenlands bei Weitem überschreiten. Allein die Erschließungskosten machen heutzutage etwa 60% der gesamten Produktionskosten aus (vgl. Heuterkes 2008: 20). Griechenland kann sich auf den Finanzmärkten grundsätzlich nicht derart refinanzieren, um einen staatlich geführten Fördersektor aufbauen und betreiben zu können, die Akquise von Know-how gestaltet sich für Staaten wie Griechenland schwieriger als für privatwirtschaftliche Unternehmen und die ineffiziente und aufgeblähte und daher defekt anmutende griechische Verwaltung ist oftmals Themenpunkt kritischer Betrachtungen zum status quo des Landes (vgl. OECD 2011). Staatliche Kapazitäten im Erdöl fördernden und vertreibenden Gewerbe hat Griechenland ohnehin keine mehr. Diese liegen alle im privatwirtschaftlichen Bereich⁵, sodass hier tatsächlich ein unmöglich erscheinender grundlegender Aufbau von Kompetenzen in der Erdölgewinnung geschehen müsste. Bezüglich der Verwaltung von Erdgas besteht noch das öffentliche Erdgasunternehmen *DEPA* das zu 65% in staatlicher Hand liegt.⁶ Hier bestünde theoretisch die Möglichkeit, die Erdgasgewinnung durch das Unternehmen in mehrheitlich staatlichem Besitz durchzuführen. Doch ein Verkauf der staatlichen DE-

5 Die größten auf griechischem Boden operierenden Unternehmen stellen Hellenic Petroleum und Energean Oil & Gas dar. Der griechische Staat hält lediglich 35,5% des Kapitals von Hellenic Petroleum (vgl. International Energy Agency 2010: 6).

6 35% hält Hellenic Petroleum (vgl. ebd.).

PA-Anteile an aus- oder inländische Investoren wird von der Troika als Vorgabe zum Erhalt neuer finanzieller Unterstützungen gemacht und von der Regierung in Griechenland forciert (vgl. International Energy Agency 2011: 22-24).⁷ Der griechische Staat kann zu diesem Zeitpunkt – unabhängig von möglichen Gasvorkommen innerhalb griechischer Wirtschaftszonen – kein Interesse an einem längerfristigen Besitz mehrheitlicher DEPA-Anteile haben, da die Aufrechterhaltung des Betriebes den Austeritätsmaßnahmen zur Haushaltskonsolidierung zuwiderläuft.

Eine Unterhaltung zukünftig größerer Erdgas- und Erdölreserven scheint angesichts der benannten erschwerenden Punkte höchst unwahrscheinlich und darüber hinaus nicht ratsam, sodass die womöglich folgenden Förderunternehmungen privatwirtschaftlich abgehandelt werden würden. Hierbei könnten, wie es bereits bei den seismischen Untersuchungen geschehen ist und den geplanten Explorationen passieren wird, Konzessionen vergeben werden, die sich aus- und inländische Unternehmen über eine preisliche Einigung mit dem Staat aneignen können. Dies stellt bei einer Durchführung der Ressourcenschöpfung mit Akteuren aus der freien Wirtschaft die erste große Einnahmequelle dar, die der Staat in der Lage wäre einzunehmen. Sobald die Lagerstätten ans Netz gingen, ist die Besteuerung der Unternehmen ein weiteres Mittel, um zusätzliches Kapital sicherzustellen. Darüber hinaus würden die natürlichen Geschäftsrisiken wie beispielsweise Unrentabilität der Förderstätten auf die jeweiligen Unternehmen abgewälzt, während der Staat üblicherweise für die Gewährleistung infrastruktureller Kapazitäten sorgen müsste, die den griechischen Staat bereits genug beanspruchen dürfte und die wiederum zentral ist für die Gestaltung des jeweiligen Ressourcenpreises:

„Der Handel von Rohöl und Ölprodukten ist stark von den bestehenden Transportmöglichkeiten abhängig. Eine gut ausgebaute Infrastruktur ist eine notwendige Bedingung für einen Weltölmarkt, d.h. für die Angleichung von Preisen in unterschiedlichen Regionen. Bei geringen Transportkosten und hohen ungenutzten Transportkapazitäten unterscheiden sich die Preise insbesondere aufgrund der verschiedenen Qualität der Rohölsorten. [...] Je stärker die Transportkosten steigen, desto mehr Bedeutung erlangt die geographische Lage der jeweiligen Rohölsorte.“ (Heuterkes 2008: 24–25)

Die Dimensionen der Staatseinnahmen durch Konzessionsverkauf und Besteuerung sind dabei naturgemäß von der Kapazität der Öl- und Gasreserven abhängig, die innerhalb griechischer Territorien ausgebeutet werden. Wichtig für die griechische Regierung ist dabei jedoch, dass die Vertragsvereinbarungen den Erdöl- und Erdgasbedarf Griechenlands selbst berücksichtigen, damit das Land die Möglichkeit hat, die Reserven des Landes einkaufen und konsumieren zu können.⁸

Des Weiteren entsteht die basale, vom Staat einzuleitende Einnahmequelle durch die Errichtung bzw. bedeutsame Vergrößerung eines Gewerbezweiges in Griechenland. Die-

7 Eine vielversprechende Zusammenkunft Griechenlands und des russischen Unternehmens *Gazprom* zerschlug sich trotz grundsätzlichem Interesse beider Parteien, wahrscheinlich aufgrund differierender Preisvorstellungen (vgl. Handelsblatt 2013).

8 Diese Thematik wird in Kapitel 4.2.2 nochmals unter kritischen Gesichtspunkten erläutert.

ser könnte – so die landläufige Meinung – über die kommenden Jahrzehnte erstens viele Arbeitsplätze schaffen und sich zweitens auf viele weitere Branchen Griechenlands positiv auswirken, beispielsweise auf das Logistik- und Transportwesen oder auf die ohnehin schon positiv auffallenden Raffinerietätigkeiten: “Greece's oil product exports increased by 57%, from 102 kb/d in 2004 to 160 kb/d in 2009. Greece is a net exporter of gasoline.” (International Energy Agency 2010: 6). Dies könnte die Erhöhung der Geschäftstätigkeit und die Minderung der Arbeitslosenquote von 24,2% in Griechenland bedeuten. Eine solche Entwicklung wäre förderlich, um wiederum erneut erhöhte Steuereinnahmen aus Wirtschaft und Gesellschaft zu erzielen, einen Rückgang von Sozialhilfeforderungen zu initiieren und letztendlich eine weitere Entlastung des Staatshaushaltes spürbar zu machen.⁹

Resümierend lässt sich festhalten, dass Chancen zur Gesundung des griechischen Haushalts bestünden. Sie sind in ihrem Nutzenpotenzial jedoch vom Fördervolumen abhängig. Die einzig realistische Durchführung der Förderaktivitäten kann aufgrund der fehlenden Kapazitäten und Kompetenzen seitens des Staates lediglich privatwirtschaftlichen Unternehmen zugerechnet werden, sodass der Staat in erster Linie durch Lizenzvergaben und Besteuerung der öl- und gasfördernden Firmen und ferner durch eine mögliche Verbesserung der Geschäftstätigkeit in kooperierenden Branchen und eine Minderung der Arbeitslosenquote profitiert.

3.2 Rohstoffvorkommen als integratives Element

„Geostrategisch von herausragender Bedeutung, militärisch verwundbar, industriell schwach entwickelt, finanziell überfordert und innenpolitisch instabil – so präsentiert sich Griechenland in seinen außenpolitischen Koordinaten. Die geographische Lage beeinflusst die hellenische Außenpolitik. Griechenland befindet sich in der europäischen Peripherie, an der Nahtstelle dreier Kontinente, Europa, Kleinasien und Nordafrika. Als einziges EG-Mitglied verfügt es über keinerlei gemeinsame (Land-) Grenzen mit anderen Gemeinschaftsländern. [...] Die vielfältigen Konflikte im Mittelmeerraum stellen unmittelbarer als für andere westeuropäische Länder eine Herausforderung und potentielle Bedrohung dar. Daß sich die Athener Außenpolitik daher stärker diesen Regionen zuwendet und damit auch von der Politik einiger EG-Partner absetzt, ist nachvollziehbar.“ (Axt 1992: 15–16)

Dieses Zitat von Heinz-Jürgen Axt über die außenpolitische Lage Griechenlands scheint einen sehr aktuellen Charakter zu haben – die Veröffentlichung der Monographie, in der diese Zeilen geschrieben stehen, ist jedoch bereits vor 22 Jahren erfolgt. Abgesehen von der Tatsache, dass Griechenland durch den EU-Betritt Bulgariens im Jahr 2007 eine Landgrenze mit einem anderen Mitgliedsstaat besitzt, hat die Beschreibung Griechenlands unter aktuellen Gesichtspunkten immer noch einen hohen Wahrheitsgehalt. Dies veranschaulicht, wie mühsam griechische Außen- und Europapolitik vor dem Hinter-

⁹ Dass dies bei ölexportierenden Wirtschaften eben nicht der Fall ist, wird in Kapitel 4.2.1 erläutert.

grund der peripheren Stellung und der konfliktreichen Geschichte und Region war und ist,¹⁰ sodass Griechenland in der Geschichte der *Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ)* immer wieder Alleingänge unternahm und sein Veto zu bestimmten Themen aussprach (vgl. Axt 1992: 163-238).

Die europäische Finanzkrise, in die Griechenland zwar nicht als einziger Staat, jedoch in besonderem Maße involviert ist, stellt die Europäische Union und besonders andere, als Finanzmittelgeber fungierende Mitgliedsstaaten wie Deutschland in Griechenland erneut unter eine sehr kritische Betrachtungsweise. Einerseits werden finanzpolitische Sparvorgaben der Troika von der griechischen Regierung meist durchgesetzt. Andererseits erzielten bei den zuletzt stattfindenden Parlamentswahlen in Griechenland vor allem Parteien wie die linkssozialistische *SYRIZA* und die rechtsradikale *Chrysi Avgi* Erfolge (vgl. Griechisches Innenministerium 2012), die die Sparvorgaben der Troika und damit einhergehend einen europapolitisch weitgehend stattfindenden Konsens ablehnen und alternative Formen der Gesundung des Staatshaushaltes vorziehen. Griechische Europapolitik scheint erneut einen Sonderweg zu nehmen.

Die Kohlenwasserstoffvorkommen, die vor den Küsten Griechenlands liegen sollen, bieten nun die Möglichkeit, eine europäisch integrative Rolle in Griechenland zu spielen und die jeweiligen – besonders energiepolitischen – Belange der EU und ihres Mitgliedsstaates kooperativ angehen zu können. Dies gilt vor allem, wenn die Vorkommen groß genug sind, um EU-Mitgliedsstaaten damit teilweise zu versorgen. Der Großteil europäischer Staaten ist abhängig von Importen zur Deckung ihres Energiebedarfs; im Jahr 2011 lag der Energieimport in den Ländern Europas durchschnittlich bei 53,8% der Gesamtkonsumption (vgl. Eurostat 2014):

“Europe depends on the rest of the world for its energy. The European Union, the world’s second largest economy, consumes one fifth of the world’s energy but has very few reserves of its own. Europe’s energy dependence has an impact on our economy. We buy our oil from OPEC (Organisation of the Petroleum Exporting Countries) and Russia, and our gas from Russia, Norway and Algeria. Europe’s coffers are depleted to the tune of over €350 billion every year to pay for it. Energy costs are also continuing to rise.” (Europäische Kommission 2012: 3f)

Dabei versuchen die Länder der EU, den Anteil des Energieimports zumindest aus krisenbetroffenen Regionen zu reduzieren und eine Diversifizierung der Länder, von denen fossile Brennstoffe gekauft werden, zu erreichen. Das Importvolumen aus OPEC-Staaten wurde beispielsweise in Griechenland zwischen 2004 und 2010 von 71% auf 49% stetig reduziert. Allerdings ist in Griechenland der Anteil russischer Ölimporte mit 38% im Jahr 2010 (vgl. International Energy Agency 2011: 55) und Gasimporte mit 76.7% im Jahr 2007 (vgl. Regulatory Authority of Energy 2009: 19) nach wie vor groß. Even-

¹⁰ Die Konflikte, die Griechenland besonders vor dem Hintergrund der möglichen Öl- und Gasvorkommen im Mittelmeer aktuell zu bewältigen hat, werden im Kapitel 4.1.1 eingehender behandelt.

tuelle Öl- und Gasvorkommen in Griechenland würden das eigene Fördervolumen und dadurch entweder die Eigenbedarfsdeckung erhöhen oder könnten je nach quantitativem Ausmaß der Reserven zusätzlich für den Export in Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bereitgestellt werden. Im ersten Fall bestünden vermutlich die Chancen für Griechenland selbst, durch eine verbesserte Energiehandelsbilanz zumindest die politisch periphere Rolle abgeben und die eigene Rolle in der EU stärken zu können. Wenn Griechenland fähig ist zu exportieren, würde es nicht nur das eigene Bewusstsein innerhalb der EU stärken, sondern gerät allein dadurch mehr in den Mittelpunkt regional- und versorgungsstrategischer Überlegungen. Diese Tendenz lässt sich bereits in den Verhandlungen Zyperns und Israels erkennen, die sich im Rahmen der dort bereits bestätigten Öl- und Gasfelder über Versorgungsmöglichkeiten für den europäischen Markt unter anderem mit Griechenland beraten, da Griechenland sich als Transitland für eine Gaspipeline für den europäischen Markt anbietet (vgl. Popovici 2012).¹¹ Im Falle Griechenlands könnte aus entdeckten fossilen Brennstoffen gestiegene Aufmerksamkeit aus dem Umfeld resultieren und daraus eine erhöhte Einflussmöglichkeit entstehen, die wiederum integrativ auf die jeweiligen strategischen Interessen bei den Partnern wirken könnte. Dies würde vor allem beim Export der Ressource Gas gelten, die zumeist – anders als das größtenteils per Tanker gelieferte Erdöl – über ein ausgeprägtes Pipeline-Netz verteilt wird. Die Vertragslaufzeiten gestalten sich folglich für Erdöllieferungen nicht langfristig. Erdgas wird gegenteilig auf Grundlage langfristiger Verträge ex- und importiert, da der mit hohen Kosten verbundene Bau von Pipelines eine gewisse kontraktuelle und regionale Determination darstellt und folglich auch nicht global gehandelt wird¹² (vgl. Harks 2008: 18; vgl. Regulatory Authority of Energy 2009: 29–30).

Doch griechischer Rohstoffexport stellt auch eine Möglichkeit dar, die engere europäische Zusammenarbeit in energiepolitischen Bereichen voranzubringen, um seine Interessen im globalen Kontext besser zur Geltung kommen zu lassen (vgl. Europäische Kommission 2012; vgl. Harks 2008: 19) und um langfristige Ziele wie beispielsweise Energiesicherheit geschlossener implementieren zu können. Dieser Fortschritt wird bei Befürwortern europäischer Integration immerzu hervorgehoben:

„Wenn weiterhin vor allem kurzfristige Lieferunterbrechungen bei Erdgas aus Russland oder anderen Nicht-OECD-Regionen als gravierendes Problem postuliert werden, müssen für Erdgas ähnliche Strategien für Bevorratung und kurzfristige Reaktionsmaßnahmen wie in der Ölversorgung verfolgt werden. Diese werden angesichts des Binnenmarktes für Ener-

11 Griechenland spielt in vielen Planungen zur Erbauung von Pipelines für die Versorgung Europas die mögliche Rolle eines Transitlandes. Allein diese Tatsache spielt eine gewichtige Rolle zur kooperativen Umsetzung energiepolitischer Interessen in Europa (vgl. Meister & Viëtor 2011; Sofianos & Stambolis 2012). Im Rahmen dieser Arbeit können diese Gaspipelineprojekte jedoch nicht ausführlich behandelt werden.

12 Um diesem Umstand zu überwinden, wird nun auf die weitläufige Errichtung von Anlagen zur Verflüssigung von Naturgas, dem sogenannten *Liquefied Natural Gas (LNG)*, gesetzt. Erdgas ist damit jenseits von Pipelines leichter zu transportieren und unterliegt damit nicht mehr zwangsweise der regionalen Einschränkung und kann, genau wie Erdöl, zumindest theoretisch weltweit gehandelt werden.

gie eine starke Rolle europäischer Institutionen notwendig machen. Der energiepolitische Kompetenztransfer hin zu europäischen Institutionen gehört aber zu den hoch sensiblen Aspekten der europäischen Integration. Wenn Energiesicherheit wirklich eine herausgehobene Rolle zukommen soll, dann werden starke europäische Kompetenzen unausweichlich. Derzeit verfolgt aber eine ganze Reihe von Mitgliedsstaaten eher die Strategie, sich bilateral mit wichtigen Förderländern zu verständigen. Die Entwicklung starker europäischer Einflussoptionen befördert das nicht unbedingt.“ (Matthes 2008:14)

Dem von Matthes zuletzt genannten Punkt könnte durch die Förderaktivitäten in Griechenland nach den erarbeiteten Ausführungen entgegengewirkt werden. Natürlich stellt aber auch hier das Volumen der Förderreserven eine zentrale Bedingung für die Reichweite ihrer integrativen Funktion: Exportvolumen in Griechenland brächten eine direkte Diversifizierung der Importe und damit eine Minderung der Energieimportabhängigkeit von klassischen Öl und Gas exportierenden Staaten mit sich und würden demnach den energiepolitischen Status der EU in der Welt verbessern. Volumen, das lediglich für den griechischen Eigenbedarf zur Verfügung stehen könnte, würde vermutlich die lange Zeit politisch periphere Rolle Griechenlands innerhalb der EU stärken und damit vor allem für den griechischen Staat selbst von Bedeutung sein. In beiden Fällen jedoch fände ein Integrationsprozess statt, der Griechenland und Europa näher zusammen bringen würde.

4 Risiken und Hindernisse der Öl- und Gasförderung

4.1 Rohstoffvorkommen als desintegratives Element

Die Einteilung der Meere in Gebietsteile der angrenzenden Staaten mit entsprechenden politischen Rechten und wirtschaftlichen Privilegien stellte vor allem seit dem eingehenden 20. Jahrhundert eine Problemstellung dar, die es zwecks Beseitigung von Gebietsstreitigkeiten und -konflikten zu lösen galt. Der Deklaration des ehemaligen US-amerikanischen Präsidenten Harry Truman im Jahr 1945 folgend, die Ressourcen innerhalb des eigenen Festlandsockels auszubeuten, erklärten Staaten auf der ganzen Welt gewisse Zonen vor ihren Küsten zu Gebieten, die der Verwaltung ihrer jeweiligen staatlichen Organe unterliegen. Die jeweiligen Vorgehensweisen brachten Unstimmigkeiten mit sich, die durch international verbindliche Verträge aufgelöst werden sollten. Eingeleitet im Jahr 1973, erreichte die Zusammenkunft staatlicher Vertreter aus mehr als 160 Ländern neun Jahre später das *Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen* (UNCLOS), das die wirtschaftliche und politische Nutzung der Meere vereinheitlichen und somit die völkerrechtliche Lage der Gewässer eindeutig machen sollte. Am 16. November 1994 trat das UNCLOS für alle Staaten in Kraft, die das Übereinkommen unterschrieben und ratifiziert hatten (vgl. Vereinte Nationen 1998).

Das Mittelmeer ist mit einer Fläche von etwa 2,5 Mio. km² ein relativ kleines Gewässer, an dessen Ufern jedoch viele Anrainerstaaten liegen – dementsprechend galt es als konfliktreich. Doch auch heute noch wird immer wieder ersichtlich, dass Streitigkeiten über verschiedene Ansprüche auf maritime Gebiete im Mittelmeer ein aktuelles Thema sind. Griechenland und die nun eventuell vor ihren Küsten liegenden bedeutenden Kohlenwasserstoffvorkommen spielen dabei eine sehr gewichtige Rolle. Eine deutliche Präsenz einer Konfliktsituation spiegelt die Auseinandersetzung zwischen Griechenland und der Türkei um das ägäische Meer wider. Eine eher latente und nicht akute Konfliktegefahr besteht darüber hinaus mit den nordafrikanischen Ländern Ägypten und Libyen um den maritimen Bereich südlich der Insel Kreta. Im Folgenden werden die Streitbeziehungen, die die Förderung der Bodenschätze erheblich erschweren oder sogar blockieren könnten, detaillierter erläutert.

4.1.1 Grenzkonflikte mit der Türkei

Differenzen mit ihrem jeweiligen Nachbarstaat im Osten bzw. Westen durchkreuzen fast die gesamte Außen- und Sicherheitspolitik Griechenlands und der Türkei. Die immer noch bestehenden Unstimmigkeiten beider Staaten lassen vermuten, dass die historischen Feindseligkeiten nicht überwunden, sondern vielmehr in die aktuelle Lage transformiert worden sind (vgl. Rondholz 2011: 84f). Inhalt dieser aktuellen Auseinandersetzungen sind Ansprüche auf Lufthoheit über den griechischen Inseln und vor allem auf Wirtschaftsrechte in der Ägäis selbst. Hier stehen sich die beiden auf dem Seerechtsübereinkommen basierenden Argumentationsweisen Griechenlands und der Türkei unversöhnlich gegenüber. In Artikel 76, Satz 1 des UNCLOS steht:

“The continental shelf of a coastal State comprises the seabed and subsoil of the submarine areas that extend beyond its territorial sea throughout the natural prolongation of its land territory to the outer edge of the continental margin, or to a distance of 200 nautical miles from the baselines from which the breadth of the territorial sea is measured where the outer edge of the continental margin does not extend up to that distance.” (Vereinte Nationen 1994)¹³

Weiter heißt es in Artikel 77, Satz 1: “1. The coastal State exercises over the continental shelf sovereign rights for the purpose of exploring it and exploiting its natural resources.” (Vereinte Nationen 1994)¹⁴ Während die Türkei darauf beharrt, ihre Westküste in der Ägäis als Basislinie zu bestimmen und somit bis etwa zur Mitte des ägäischen Meeres Ansprüche zur Exploration und Förderung von Bodenschätzen stellt, besteht Griechenland darauf, ihre Inseln im ägäischen Meer jeweils als eigene miteinander und dem griechischen Festland verbundenen Festlandsockel zu betrachten (vgl. Axt und Kramer 1990). Diese Erklärung empfindet die türkische Seite jedoch als unhaltbar.

13 Der Festlandsockel kann unter bestimmten Umständen von 200 auf 350 Seemeilen erweitert werden. Diese Regelung ist jedoch für den behandelten Grenzkonflikt nicht von Bedeutung, da unter anderem die Gewissheit vorliegen muss, durch diese Ausdehnung keine anderen Grenzbereiche zu tangieren.

14 Damit hält der Festlandsockel dieselben Rechte inne wie die EEZ, die im Normalfall ebenfalls 200 Seemeilen von der Basislinie ins Meer hineinragt.

Für diesen Streitfall ist im UNCLOS jedoch Artikel 15 vorgesehen, der wie folgt besagt:

“Where the coasts of two States are opposite or adjacent to each other, neither of the two States is entitled, failing agreement between them to the contrary, to extend its territorial sea beyond the median line every point of which is equidistant from the nearest points on the baselines from which the breadth of the territorial seas of each of the two States is measured. The above provision does not apply, however, where it is necessary by reason of historic title or other special circumstances to delimit the territorial seas of the two States in a way which is at variance therewith.” (Vereinte Nationen 1994)

Demnach wird eine Linie in der Mitte des Gewässers der beiden gegenüberliegenden Küstenbereiche gezogen, die die Zuschreibung der Zugehörigkeitsbereiche der Gewässerabschnitte und damit die Hoheit über ihre Nutzungsrechte bestimmt. Nach geltendem internationalem Recht wäre das Ergebnis für die Türkei demzufolge äußerst nachteilhaft, da so ein überragender Großteil des ägäischen Meeres der Ausschließlichen Wirtschaftszone (EEZ) Griechenlands entsprechen würde. Folglich gehört die Türkei nicht zu den Unterschreiberstaaten des Übereinkommens, das bis heute 157 Staaten – darunter auch Griechenland – ratifiziert haben (vgl. Mazis und Sgouros 2012: 142). Die Türkei befürchtet bei den Erfolgen, die Zypern und Israel mit ihren Fördertätigkeiten erzielen werden und Griechenland erhofft zu erzielen, aufgrund der verhältnismäßig geringen Fläche, die ihnen bei dieser Auslegung der Konvention zur maritimen Exploration von Förderreserven zur Verfügung steht, zu kurz zu kommen. Dies liegt in erster Linie daran, dass die Türkei ein stark wachsender Markt ist, der einen entsprechend hohen Bedarf an Energie vorweist: Beispielsweise liegt der durchschnittliche Bedarfszuwachs an Elektrizität pro Jahr bei 6,3% und die Anzahl der Autobesitzer pro 1000 Einwohner soll sich zwischen 2010 und 2030 von 116 auf 424 mehr als verdreifachen. 72,5% des türkischen Primärenergiebedarfs werden netto importiert und die nun so vielversprechend im Mittelmeerraum vorhergesagte Energieressource Gas soll im Jahr 2030 mehr als die Hälfte des gesamten türkischen Energiemix ausmachen (vgl. Capros, Fragkos & Kouvaritakis 2012: 5-17).

Dementsprechend offensiv agiert die Türkei in ihrer Mittelmeer-Politik, um ihre Interessen an den möglichen Lagerstätten durchsetzen zu können¹⁵, wohlwissend um ihre im Mittelmeerraum dominante und für den Großteil aller Pipelineprojekte entscheidende Rolle (vgl. Hafner, Tagliapietra & El Elandalousi, El Habib 2012: 48): Eventuelle Versuche Griechenlands, seine Hoheitsgewässer rechtmäßig von sechs auf zwölf Seemeilen zu erweitern oder explorative Arbeiten in der Ägäis innerhalb des von der Türkei deklarierten eigenen Festlandsockels vorzunehmen, greift der Staat als aggressives Signal und Rechtfertigung eines militärischen Gegenschlages auf (vgl. ISN Security Watch 2013). Eine solche Gegenüberstellung bringt eine angespannte Atmosphäre mit sich, de-

¹⁵ Diese offensive Haltung wird auch den zyprischen Förderaktivitäten gegenüber eingenommen (vgl. Popovici 2012).

ren direkte Folgen eine ständige militärische Aufrüstung und Präsenz an den Grenzgebieten sind:

“Greece, meanwhile, with a defence budget constrained by a political decision to stick with the purchase of six submarines from Germany, has resorted to unusual deals to bolster its Mediterranean presence. In February, Athens sought to lease two frigates and four maritime patrol aircraft from the French navy in order to better patrol the eastern Mediterranean.” (ISN Security Watch 2013)

Dieses Aufrüsten zeigt Formen eines klassischen Sicherheitsdilemmas auf, das vor allem für den griechischen Staat erhebliche finanzielle Einschnitte bedeutet und darüber hinaus angesichts der militärischen Übermacht der Türkei zwecklos erscheint (vgl. Rondholz 2011: 84-88). Eine bilaterale Übereinstimmung über die Festsetzung der ausschließlichen Wirtschaftszonen wird es angesichts der verfahrenen Situation kaum geben können, sodass die Grenzstreitigkeit zunehmend Gegenstand der Einflussbereiche internationaler gerichtlicher Institutionen werden muss. An griechische Explorationen in der östlichen Ägäis ist bisweilen nicht zu denken.

4.1.2 Grenzkonflikte mit Libyen und Ägypten

Die Streitigkeiten mit den beiden Staaten in Nordafrika sind nicht ausgeprägt, bergen jedoch aufgrund der um Kreta seismisch erforschten Schlammvulkane und den oftmals damit einhergehenden Kohlenwasserstoffvorkommen das Risiko des Interessenskonflikts. Während Ägypten UNCLOS ratifiziert hat, wurde die Konvention von libyscher Seite lediglich unterschrieben, jedoch nicht ratifiziert und besitzt daher in Libyen keinen endgültigen vertragsrechtlichen Status (vgl. Jenisch 2006: 79). Die durch die transformierenden Ereignisse des Arabischen Frühlings noch politisch recht instabilen Regionen – und dabei muss man Ägypten trotz verbindlicher Zusage zum Seerechtsübereinkommen dazuzählen – tragen das Risiko in sich, Bereiche des Mittelmeeres für sich zu deklarieren, die sich jeglicher Vereinbarung der Vorgehensweise im Mittelmeer entbehren (vgl. ISN Security Watch 2013) – wenngleich dieses Risiko ein eher unwahrscheinliches ist. Dennoch: Die Luftlinie zwischen Kreta und der libyschen Küste beträgt laut *Google Maps Labs* lediglich etwa 159 Seemeilen und nach Ägypten 194 Seemeilen. Selbst wenn hier auf Grundlage des Artikel 15 des Seerechtsübereinkommens der Median gezogen werden könnte, besteht durchaus die Möglichkeit, dass fossile Lagerstätten sich sowohl auf der griechischen als auch auf der nordafrikanischen Seite der Ausschließlichen Wirtschaftszonen befinden. Dies würde den Aushandlungsprozess zur Festlegung der EEZ und damit verbundenen Explorations- und Förderrechten deutlich erschweren, zumal man bedenken muss, dass beide, Libyen und Ägypten, Exportnationen fossiler Energieträger sind und ebendieser Handel äußerst wichtige Faktoren der nationalen Geschäftsmodelle darstellen:

“Libya owns the largest proven oil reserves of the entire African continent, followed by Nigeria and Algeria. Moreover, in this regard the country remains largely underexplored.

[...] The National Oil Corporation would like to return the country's oil production capacity back to 3 million bbl/d, but this target has been delayed until 2017. [...] Libya is the most important supplier of oil in the Mediterranean region and one of the 15 largest exporters of crude oil in the world. Civil unrest in Libya in 2011 had a significant impact on oil market expectations and drove up oil prices. It is expected that the new government will favour oil exports in order to earn revenues to develop the country." (Hafner, Tagliapietra und El Elandalousi, El Habib 2012: 44-47)

Ägyptens nachgewiesene Ölreserven stellen die drittgrößten Afrikas dar und sind ebenfalls sehr wenig erforscht. Darüber hinaus steht Ägypten vor der Herausforderung, steigende Ölnachfrage und sinkende inländische Produktion, die im *MEDPRO Reference Scenario* prognostiziert werden, zukünftig kompensieren zu müssen (vgl. ebd.: 41f). Ägyptens Nettoexport für beide fossilen Energieträger betrug 2010 12% der Primärenergieschöpfung, in Libyen waren es sogar 74%. Nicht nur der globale, sondern angesichts eines steigenden BIP-Zuwachses steigt auch der lokale Primär- und Sekundärenergiebedarf in den beiden arabischen Ländern stark (vgl. Capros, Fragkos & Kouvaritakis 2012: 5-17). Sowohl Erdgas als auch Erdöl haben bei der zukünftigen Förderaktivität in Libyen und Ägypten eine hohe Priorität, sowohl zum Export, als auch speziell bei Erdgas für den inländischen Eigenbedarf (vgl. Hafner, Tagliapietra & El Elandalousi, El Habib 2012: 8-14; 44-47): Im Jahr 2030 soll Erdgas in Ägypten 86,5% und in Libyen 72,7% der Energiebereitstellung ausmachen.

Um ihre energiepolitischen Ziele in die Tat umsetzen zu können, ist es folglich durchaus möglich, dass Libyen und Ägypten Anspruch auf die möglichen Kohlenwasserstoffreserven vor ihrer Mittelmeerküste erheben wollen. Diese Überlegung verdichtet sich wenn man bedenkt, dass die beiden nordafrikanischen Länder als klassische Rentierstaaten einzustufen sind, deren Stabilität wesentlich von den Einkommen aus dem Rohstoffexport abhängt (vgl. Springborg 2011).¹⁶

Da Griechenland auch mit diesen Staaten keine Absteckung der Ausschließlichen Wirtschaftszonen ausgehandelt hat, könnten den Griechen die Explorations- und Förderarbeiten, die jenseits der eigenen Hoheitsgewässer stattfinden sollten, Einwände der nordafrikanischen Länder im Weg stehen, die bisher nicht offensichtlich sind. Der Fokus wäre angesichts der fehlenden Ratifizierung des UNCLOS hierbei auf Libyen zu legen.

4.2 Ökonomische Risiken

Die Überlegung, Ressourcen aus dem Boden zu schöpfen, diese zu verbrauchen oder gegebenenfalls auf dem Weltmarkt zu verkaufen und sich dadurch finanzielle Vorteile zu verschaffen, verfehlt die Realität. Für Eigenbedarfs- und Exportmöglichkeiten gibt es Risiken, die hinter der Euphorie über entdeckte und bestätigte Öl- und Gasvorkommen liegen und dementsprechend kein derartig rosiges Bild zukünftiger Situationen in betreffenden Regionen darbieten wie dies manche Meinungen zu schildern pflegen. Einer-

¹⁶ Der Begriff Rentierstaat wird in Kapitel 4.2.1 erläutert.

seits gibt es übliche Risiken wie die Ungewissheit, dass jegliche seismische Untersuchungen letztendlich nur Schätzungen sind und ein möglicher Öl- und Gasrausch erst bestätigt werden kann, wenn Explorationen in Form von Probebohrungen abgeschlossen wurden (vgl. Defense & Foreign Affairs 2012). Des Weiteren bestehen die Fragen, von welcher Qualität das betreffende Gas oder Öl ist, wann ebendieses im Endeffekt verbraucht und gehandelt werden kann und was passiert, wenn die Quellen letztlich erschöpft sind. Hier bietet es sich grundsätzlich an, im Sinne des *Vorsichtsprinzips* zu agieren indem man beispielsweise Explorationsberichte abwartet und solange davon ausgeht, dass die Vorkommen eben nicht groß genug sind, um sie teilweise zu exportieren und dadurch die vorherigen Investitionskosten minimal hält.¹⁷ Andererseits gibt es Risiken, die jenseits der leichter zu überwindenden Risiken liegen. Zwei dieser ökonomischen Risiken werden im Folgenden erläutert.

4.2.1 Ressourcenfluch

Der Ressourcenfluch ist keine logisch zwingende Kette von Ereignissen, beweist sich im Laufe der Zeit jedoch sehr häufig. Zentral für die Entwicklung des Ressourcenfluches ist, dass sich die grundsätzlich gute Ausgangslage der Erschließung großer Bodenschatzvorkommen ins Gegenteil umkehrt und der betreffenden Region Schaden zufügt. Neben der häufigen Beschädigung und Zerstörung der Umwelt stehen hier vor allem politische und makroökonomische Phänomene im Vordergrund, die bereits weitgehend erforscht und anerkannt sind. Diese Phänomene werden *Rentierstaat-Ansatz* und *Holländische Krankheit* genannt.

Der Rentierstaat-Ansatz beschreibt ein vorwiegend politisches Phänomen, das vor allem in Entwicklungsländern des Nahen Ostens aber auch in einigen afrikanischen Staaten beobachtet werden kann:

„Bei einem Rentierstaat besteht das Einkommen mindestens zu 60% aus Renten, also Einkommen, für die keine produktiven Leistungen erbracht werden, in diesem Fall vor allem Einnahmen aus der Ölförderung.“ (Buhr u.a. 2006: 132f)

Die Beschaffung dieser hohen Einkünfte stellt die zentrale Funktion der dortigen Regierungen dar. Da die Einnahmen aus der Bevölkerung keine finanzielle Hauptquelle sind, fühlt sich die Regierung des Rentierstaates der Gesellschaft umso weniger verpflichtet und benutzt die Gelder hauptsächlich zum Erhalt der eigenen und elitären Macht – und weniger zur Weiterentwicklung und Verbesserung sozialer und wirtschaftlicher Gegebenheiten. Die Folge ist zumeist ein System undemokratischer Staaten mit einer hohen Korruptionsrate, das in seiner Stabilität stark von der Akquise neuer Renten abhängig ist (vgl. Heinrich und Pleines 2012).

Griechenland ist zwar kein klassisches Entwicklungsland und, anders als Staaten im Nahen Osten, eine parlamentarische Demokratie. Staatliche Institutionen und Ämter wei-

¹⁷ Im Rahmen der Arbeit kann auf diese Thematiken nicht detaillierter eingegangen werden.

sen jedoch defekte Züge im Sinne einer Bestechlichkeit auf, die in jedem Fall der Korruption zuzuordnen ist (vgl. Rondholz 2011: 74-76). Durch einen Rohstoffboom könnte diese Problematik im Sinne des Rentierstaats-Ansatzes verschärft werden. Der proklamierte Ansatz, dass solche Tendenzen durch eine privatwirtschaftliche und nicht staatliche Verarbeitung der Öl- und Gasvorkommen verhindert und somit ein rechtschaffendes Gleichgewicht zwischen Staat und Wirtschaft erzielt werden kann, ist angesichts der fehlenden Ausweichoptionen zur Bildung von Vermögenswerten im Ressourcensektor anzuzweifeln (vgl. Heeß 2010). Vielmehr müssen rechtsstaatliche Verfahren verankert werden, die sicherstellen, dass die Einnahmen aus dem Ressourcengeschäft durch ein Transfer- und Besteuerungsmodell an die Bevölkerung – beispielsweise durch Investitionen in Bildung oder Infrastruktur – weitergeleitet werden (vgl. Roll 2012; vgl. Heinrich und Pleines 2012). So haben einige Staaten, wie beispielsweise Botsuana, die negativen Folgen ihrer Rohstoffentdeckungen abwenden können und zeigen somit auf, dass der Rentierstaat-Ansatz keineswegs unveränderlich ist (vgl. Beck 2007). Heinrich und Pleines sprechen daher zur konkreteren Erfassung der Problematik auch von “resource challenges“ (ebd.).

Die Holländische Krankheit stellt ein makroökonomisches Phänomen dar, bei dem die eigentlich positiven Eigenschaften eines exportbasierten Rohstoffbooms für eine florierende Wirtschaft in ökonomische Rezession umschlagen. Zusammenfassend beinhaltet die Holländische Krankheit den Konflikt von erheblichen Mehreinnahmen und einer Verschlechterung der Wettbewerbsbedingungen des klassischen Industriesektors.

Die britische Zeitung *The Economist* prägte den Begriff der Holländischen Krankheit (engl. *dutch disease*) bei Untersuchungen zur Wirtschaftsentwicklung der Niederlande im Rahmen der Förderunternehmungen von Erdgas vor der holländischen Nordseeküste (vgl. ebd.). Burda und Wyplosz erklären das Phänomen der Holländischen Krankheit einleitend wie folgt:

„Bald nachdem man Mitte der 70er Jahre in der Nordsee um Großbritannien Öl entdeckt hatte, wurde das Pfund Sterling um mehr als 30% aufgewertet. Das Ergebnis war ein Strukturwandel weg von der 'traditionellen' Industrie (alle anderen gehandelten Güter außer Öl) hin zum Dienstleistungssektor. Massenhafte Fabrikschließungen führten unmittelbar zu Arbeitslosigkeit, denn die Industriearbeiter konnten von der Ölindustrie und vom Sektor der nichtgehandelten Güter nicht sofort aufgenommen werden. Dieser auffällige Prozess der Deindustrialisierung wird holländische Krankheit genannt, seit man ihn in den 60er Jahren nach der Entdeckung der Erdgasvorkommen auf der niederländischen Seite der Nordsee zum ersten Mal diagnostiziert hat. Die holländische Krankheit erklärt, warum es für ressourcenreiche Länder typischerweise schwieriger ist, einen industriellen Sektor zu entwickeln und aufrechtzuerhalten; die Probleme des heutigen Russlands können im selben Licht ausgelegt werden.“ (Burda und Wyplosz 2003: 203)

Im Detail lässt sich die Holländische Krankheit folgendermaßen beschreiben: Durch erhöhte Einnahmen aus dem exportierenden Rohstoffsektor tendiert der Staat zu einer gleichsam Erhöhung seiner Ausgaben und Investitionen, um die Bevölkerung an den gestiegenen Einkünften partizipieren zu lassen. Diese Maßnahmen erhöhen die

Konsumkraft der Bevölkerung und führen zu einer Steigung der inländischen Gesamtnachfrage. Erstens resultiert daraus ein Preisanstieg nicht-handelbarer Güter¹⁸, welcher das allgemeine Preisniveau höher werden lässt. Die Folge dessen ist die Aufwertung des realen Wechselkurses der betreffenden Volkswirtschaft. Dies verringert letztendlich die Wettbewerbsfähigkeit des handelnden Sektors sowohl auf dem Weltmarkt als auch bei der Binnennachfrage in der Konkurrenz zu nun günstigeren Importen. Die heimische Produktion des verarbeitenden Sektors geht zurück.¹⁹ Zweitens bewirkt die Steigerung der inländischen Gesamtnachfrage – besonders der Nachfrage für nicht-gehandelte Güter – die Nachfrage nach Arbeit auf Arbeitgeberseite im nicht-gehandelten Sektor. Dies lässt wiederum das dortige Lohnniveau ansteigen. Folglich lässt sich eine Abwanderung der Arbeitskräfte vom handelbaren zum nicht-handelbaren Sektor und zum rohstoffexportierenden Boom-Sektor erkennen, die einerseits vom handelbaren Sektor nicht kompensiert und durch den Dienstleistungs- und Rohstoffexportsektor nicht aufgefangen werden kann. Es entstehen wiederum eine Produktionssenkung des verarbeitenden Sektors als auch eine Erhöhung der Arbeitslosenzahl (vgl. Heinrich und Pleines 2012; vgl. Roll 2012; vgl. Burda und Wyplosz 2003: 186-204).

Das Resultat spiegelt sich in einer verzerrten Volkswirtschaft wider, weil Kapital vom verarbeitenden handelbaren Sektor in den Rohstoff exportierenden und Dienstleistungssektor wechselt, da für Investitionen im Bereich der hohen Wertschöpfung, Beschäftigung und Innovation die Anreize fehlen. Dies kann das langfristige Wachstum beeinträchtigen, da es bei Erschöpfung der Rohstoffvorkommen und dem damit einhergehenden Stopp der Einnahmen keine Substitutionsmöglichkeiten gibt und es ohne produktive Basis schwerwiegende Probleme bei der Aufrechterhaltung des Konsumniveaus gibt. Außerdem wird der Staat sehr anfällig für Rohstoffpreis- und Wechselkursschwankungen, da er nach den Hochphasen – teilweise spekulationsgetrieben – in den Niedrigphasen unter Zahlungsbilanzdruck gerät (vgl. Liebig und Rondorf 2007).

Die Holländische Krankheit kann jedoch nicht nur durch Rohstoffexporte ausgelöst werden. Auch ein starker Rohstoffpreisanstieg, ausländische Direktinvestitionen, Entwicklungshilfe oder Kredite haben das Potenzial zur Auslösung des makroökonomischen Phänomens (vgl. ebd.). Es scheint daher so, als ob Griechenland in den letzten Jahren ohnehin unter denselben Problem gelitten hat und immer noch leidet: Kredite mit geringem Zinssatz durch die Mitgliedschaft in der Eurozone, eine schwache wirtschaftliche Basis durch einen zu hohen nominalen Wechselkurs gemessen an der Wirtschaftsleistung, dadurch bedingt fehlende Konkurrenzfähigkeit inländischer Unternehmen auf

18 Nicht-handelbare Güter sind, im Gegensatz zu handelbaren Gütern, Erzeugnisse, die nicht auf dem Weltmarkt angeboten werden können (beispielsweise Immobilien oder der Besuch im Fußballstadion). Während handelbare Güter vom Weltmarkt bestimmte Preise haben, sind Preise nicht-handelbarer Güter von inländischen Faktoren abhängig.

19 Die zusätzliche nominale Aufwertung der Währung, die unter bestimmten Voraussetzungen vorgenommen wird, verstärkt das Problem der Konkurrenzunfähigkeit.

den internationalen Märkten und zugleich ein sehr großer Dienstleistungssektor (vgl. Pagoulatos 2010: 4). Gemäß dem Fall, dass Griechenland aus der jetzigen Finanzkrise gestärkt herauskommen kann, ist es besonders wichtig, ähnliche Entwicklungen bei einer möglichen Öl- und Gasexportwirtschaft zu unterbinden. Über die Jahre wurden jedoch Mittel entwickelt, um die Holländische Krankheit eindämmen zu können: Zuerst ist es hilfreich, das Exportvolumen lediglich kontinuierlich zu steigern und nicht die größtmögliche Menge sofort auf dem Markt anzubieten, sodass sprunghafte Überbewertungen des realen Wechselkurses den handelbaren Sektor nicht überfordern (vgl. Liebig und Roll 2007: 2f). Des Weiteren ist es sinnvoll, einen Stabilisierungsfonds einzurichten und somit einen Teil der Einkünfte zu sparen:

„Um für Zeiten des Preisverfalls gerüstet zu sein und um den Anstieg der Geldmenge durch den Devisenzufluss zu begrenzen (Gefahr der »holländischen Krankheit«), wurden vielfach Staatsfonds (sovereign oder national wealth funds) gegründet. Sie stellen eines der Hauptinstrumente zur Verwaltung der Devisenzuflüsse dar, die durch Rohstoffexport erzielt werden. Russland hat einen solchen Staatsfond während der ersten Amtszeit von Präsident Putin erfolgreich eingerichtet. Der Fonds, welcher 2008 in zwei separate Fonds aufgeteilt wurde, hat eine beträchtliche Summe akkumuliert, während gleichzeitig die Staatsschulden stark abgebaut wurden. Gemeinsam haben die beiden Fonds dazu beigetragen, offensichtliche Symptome der »holländischen Krankheit« abzuwehren und, möglicherweise sogar wichtiger, die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise von 2008–09 auf die nationale Volkswirtschaft abzumildern.“ (Heinrich und Pleines 2012)

Zuletzt scheint sich der Verlauf der Holländischen Krankheit zu mildern, wenn der Staat, genau wie bei der Überwindung des Rentierstaats-Ansatzes, gezielt Teile seiner Renten in Bildung und Infrastruktur setzt, um dem Sektor der klassischen Industrie eine möglichst vorteilhafte Produktionsbasis bieten zu können (vgl. Roll 2012). Dennoch bleibt die Eindämmung der Holländischen Krankheit bei exportbasierter Rohstoffförderung eine schwierige Angelegenheit, da es hierzu ein volkswirtschaftliches Expertentum und eine effizient arbeitende Verwaltung benötigt, die die angegangenen Reformen und Strukturen gegen äußere Einflüsse verteidigen muss (vgl. Heinrich und Pleines 2012). Gerade in Griechenland könnte sich diese Voraussetzung angesichts der oben bereits geschilderten und defekt anmutenden Administrationsstruktur als problematisch erweisen.

Beim Anblick der vielfältigen Risiken, die bei Rohstoffvorkommen auftreten können, ist es umso offensichtlicher, dass Ressourcenreichtum immer in gute wirtschaftspolitische Strukturen eingebettet sein muss, um seine positiven Eigenschaften entfalten zu können.

4.2.2 *Ölabhängigkeit*

Wie bereits in einem vorherigen Kapitel beschrieben, ist Griechenlands Erdölanteil im Mix der Primärenergiekonsumption vergleichsweise hoch. Während die 27 EU-Staaten zusammen einen Anteil von 34,7% an Erdöl im Primärenergieverbrauch aufweisen, liegt Griechenland mit 53,6% über dem Durchschnitt (vgl. Bundeszentrale für politische

Bildung 2012). Dieser Anteil muss auf dem internationalen Ölmarkt bei langfristig stetig steigenden Preisen eingekauft werden. Der Preis resultiert, neben den bereits erwähnten Faktoren Qualität, Transport, Infrastruktur und Spekulation, aus der Verfügbarkeit und Nachfrage. Angesichts der Tatsache, dass die Konsumtion und daher die Nachfrage nach Primärenergie – demnach auch nach Erdöl – bei nicht linear mitsteigender Ölproduktion jährlich wächst (vgl. Weltbank 2014), geht der Ölpreis nach oben. Die der Nachfrage nicht standhaltende Produktion kann erstens entstehen durch fördertech- nische Probleme, zweitens die Erschöpfung großer Hauptquellen ohne günstige Substi- tutionsmöglichkeit, drittens fehlende Investitionsanreize und viertens der damit langfris- tig zusammenhängenden Untauglichkeit, innerhalb einer Lagerstätte Nettoenergie, ge- nannt “*Energy Return on Energy Invested (EROEI)*“ (Angelantoni, Fantazzini und Höök 2011: 7867), zu produzieren. So scheint die weltweite Ölproduktion bereits ein allzeitliches Plateau erreicht zu haben, von dem aus die weitere Gewinnung nicht mehr bedeutend steigt, sondern eher gleichbleibt oder sinkt (vgl. ebd). Dieser Umstand wird passenderweise meist als *Peak Oil* bezeichnet, da der Ölpreis mit der Zeit kontinu- ierlich steigt. Und so prognostizieren Capros et. al. (2012: 7) im Zeitraum von 2010 bis 2030 einen Ölpreisanstieg um 41,3\$ von 79,5\$ auf 120,8\$.²⁰

Das ökonomische Risiko des steigenden Ölpreises liegt hierbei in der gesamtwirtschaft- lichen Verletzbarkeit der verbrauchenden Volkswirtschaft (vgl. Matthes 2008:10):

“Kopits (2009) suggested that when crude oil expenditures exceed 4% of GDP, oil prices increase by more than 50% year-on-year, and oil price increases are so great that a potential demand adjustment should have to reach 0.8% of GDP on an annual basis, then a recession in the US is very likely. A similar outcome was found by Hall et al. (2009) who showed a recession in the US is likely when oil amounts to more than 5.5% of GDP. We remark that the difference between the 4% (Kopits) and 5.5% (Hall et al.) is simply a wholesale versus retail difference, and the result comes out the same.” (Angelantoni, Fantazzini und Höök 2011:7869)

Diese Verletzbarkeit steigt logischerweise mit einem umso höheren Anteil des Erdöls im Energiemix eines Landes:

“For oil importers, oil is a very high cost product, raising the average cost of energy products. This average cost of energy is highest in countries that use the highest percentage of oil in their energy mix.

If we look at a number of oil importing countries, we see that economic growth tends to be much slower in countries that use very much oil in their energy mix. This tends to happen because high energy costs make products less affordable. For example, high oil costs make vacations to Greece unaffordable, and thus lead to cut backs in their tourist industry.

It is striking when looking at countries arrayed by the proportion of oil in their energy mix, the extent to which high oil use, and thus high cost energy use, is associated with slow economic growth [...]. There seems to almost be a dose response—the more oil use, the lower the economic growth. While the PIIGS (Portugal, Italy, Ireland, Greece, and Spain) are shown as a group, each of the countries in the group shows the same pattern on high oil consumption as a percentage of its total energy production in 2004.” (Tverberg 2014)

20 Der Gaspreis soll laut Angaben im selben Zeitraum um 33,5\$ von 50,2\$ auf 83,7\$ steigen.

Fraglich bleibt dabei, ob Griechenland durch die erwarteten Rohstofffunde vor den Küsten dieser Verletzbarkeit aus dem Weg gehen kann, denn wie in Kapitel 3.1 bereits geschildert, ist es sehr unwahrscheinlich, dass der griechische Staat als Betreiber der Förderunternehmungen fungiert. Somit unterliegt er bei der Beschaffung von Rohöl – und auch von Erdgas – des eigenen Einflussbereiches den Gesetzen und Preisen des Weltmarktes (vgl. Matthes 2008: 10f). Deswegen ist es wichtig, mit den jeweiligen Förderunternehmen wirtschaftlich sinnvolle Verträge abzuschließen, die sicherstellen, dass Griechenland mit den in ihren Wirtschaftszonen gewonnenen Ressourcen auch tatsächlich versorgt wird. In einem Bericht des griechischen Förder- und Raffinerieunternehmens Hellenic Petroleum, das auch bereits ein Angebot an die griechische Regierung zur Exploration von Gebieten im ionischen Meer unterbreitete (vgl. Hellenic Petroleum 2012), wird als eines der zukünftigen Unternehmensziele formuliert: “Increasing export orientation and strengthening trading activities, thereby reducing the Group’s exposure to the shrinking Greek market.” (ebd.: 9) Mit einem Kapitalanteil von 35% an Hellenic Petroleum hat der griechische Staat sicherlich noch Einflussmöglichkeiten auf die Geschicke des Unternehmens – bei anderen, vor allem ausländischen Firmen, entfällt diese Tatsache jedoch und umso mehr Wert sollte auf die vertragliche Ausgestaltung gelegt werden. Um dem Risiko der hohen Ölabhängigkeit aber langfristig entgegen zu können, benötigt man Exit-Optionen, die nun im Zuge der griechischen Wirtschafts- und Finanzkrise ebenfalls beachtet werden müssen und Innovationsdrang, der allerdings durch die mögliche Sicherstellung der konventionellen Energieversorgung gering bleiben könnte.²¹

Resümierend ist es demnach fraglich, ob Griechenland gut daran gelegen ist, das Problem seines hohen Erdölanteils in der Bereitstellung der Primärenergiekonsumption zu reproduzieren oder zu verstärken, denn angesichts der privatwirtschaftlich implementierten Förderung wird der griechische Staat immer noch als Einkäufer auf dem Markt in Erscheinung treten. Die Tatsache, dass Staaten mit bedeutender Ölabhängigkeit wirtschaftlich verletzbarer sind, sollte in den vorherigen Planungen der Rohstoffgewinnung eine gewichtige Rolle spielen.

21 Ein wichtiges Beispiel für Alternativen ist neben der generellen Senkung der Energienachfrage die großflächige Nutzung der Sonnenenergie in Griechenland. Im Rahmen der Arbeit kann dieses Thema jedoch nicht vertiefend behandelt werden (vgl. Bernal-Agustín, Dufo-López & Sarasa-Maestro 2013; vgl. Chadjivassiliadis & Stambolis 2012; vgl. Karteris & Papadopoulos 2013; vgl. Kremer & Müller-Kraenner 2012; vgl. Bernal-Agustín, José L. et. al. 2013).

5 Fazit

Wie bereits aus dem Aufbau der Bachelorarbeit heraus ersichtlich und durch die Beantwortung der Leitfragen nachvollziehbar wurde, bietet jede Unternehmung der Rohstoffförderung Chancen und Risiken. Beide sind bei Rohstoffvorkommen, die lediglich für den Eigenbedarf gefördert werden, geringer. Hierbei hat die Holländische Krankheit und auch der Rentierstaat-Ansatz nicht den Entfaltungsspielraum, wie es bei exportorientierten Förderökonomien der Fall ist. Das Risiko der Reproduktion der Erdölabhängigkeit Griechenlands, die selbstverständlich auch bei Exporttätigkeiten gilt, besteht aufgrund fehlender Substitutionsmöglichkeiten und fehlendem Innovationsdrang fort oder verstärkt sich. Der griechische Staat würde das Öl aufgrund wirtschaftlicher Gesetzmäßigkeiten letztendlich wieder nur zu Weltmarktpreisen einkaufen können, die Einnahmen durch Konzessionsvergaben und Besteuerung relativieren sich dann durch den fortlaufenden Einkauf der Rohstoffe. Außerdem muss ebendiese Versorgung mit den auf eigenen Territorien geförderten Rohstoffen vertraglich abgesichert werden. Darüber hinaus würden die Ausmaße der Förderprogramme als EU-integrative Elemente geringer ausfallen; immerhin könnte es Griechenlands Selbstbild in der EU stärken und aus der peripheren und problematischen Rolle entlassen.

Bei Öl- und Gasvorkommen, die ausreichen, um einen exportierenden Rohstoffsektor aufbauen zu können, gestalten sich Chancen- und Risikopotentiale größer: Den Problemen des Rentierstaat-Ansatzes und der Holländischen Krankheit stünden höchstmögliche Einnahmen aus der Konzessionsvergabe und Besteuerung sowie eine Diversifizierung europäischer Energieimporte und damit eine Stärkung Griechenlands in der EU und der EU im energiepolitisch globalen Kontext. Um die politischen und makroökonomischen Risiken einzudämmen und dadurch die Chancen besser zur Geltung kommen zu lassen, bedarf es vorab des Aufbaus kluger wirtschaftspolitischer Strukturen. Dieser muss jedoch umfassend sein und dürfte sich – besonders für das aufgeblähte und teilweise defekte griechische Verwaltungs- und Politikwesen – als sehr schwierig herausstellen.

Unabhängig von den möglichen Fördervolumen ist es ratsam, das Vorsichtsprinzip walten zu lassen und dadurch die Euphorie, die Griechenland in seiner näheren Fördervergangenheit bereits überholte, möglichst gering zu halten, um überschwängliche Prognosen und Investitionstätigkeiten abzuwehren und sich der Thematik stattdessen vorsichtig widmen zu können. Ebenfalls unberührt von den Ausmaßen der Lagerstätten ist das Hindernis der Grenzstreitigkeiten. Diese müssen, sobald es um Förderaktivitäten im östlichen Teil der Ägäis und südlich der Insel Kreta geht, unbedingt gelöst werden. Besonders angesichts der verfahrenen Situation zwischen Griechenland und der Türkei stellt

sich diese Angelegenheit als äußerst problematisch dar. Griechenland hat hierbei jedoch keine andere Wahl, als diese Konflikte gesetzlich oder vertraglich zu beenden und somit deeskalierend auf das Sicherheitsdilemma in der Ägäis zu wirken und eine ähnliche Situation zwischen Griechenland auf der einen und Ägypten und Libyen auf der anderen Seite gar nicht erst entstehen zu lassen.

Entscheidend ist jedoch, dass im Verlaufe der Arbeit ersichtlich wurde, dass die oftmals proklamierten Chancen, die in der Förderung liegen sollen, nicht einfach umzusetzen sind. Einerseits erschweren Risiken – wie bei den Grenzkonflikten – die Freisetzung des in der Rohstoffförderung beinhaltenen Nutzenpotentials von vorneherein. Andererseits ist es gerade die einseitige Fokussierung auf den Nutzen der Rohstoffe, die Risiken vergrößert und sogar erst hervorbringt – wie beispielsweise bei der Holländischen Krankheit, die sich erst im Verlaufe des Rohstoffexports einstellt. Nur wenn man solche Risiken von Beginn an berücksichtigt, kann man Gefahren ausschalten oder zumindest eindämmen und folglich die erwünschten positiven Faktoren einer Förderaktivität innerhalb griechischer Ausschließlicher Wirtschaftszonen entfalten und die potentiellen Chancen sich entfalten lassen. Dementsprechend ist für den griechischen Staat Weitsicht und Geduld geboten. In diesem Sinne bestätigt sich die anfangs aufgestellte These: *Rohstoffförderungen vor den Küsten Griechenlands bringen neben Chancen vor allem Risiken mit sich. Nur wenn diese im Voraus erkannt und dementsprechend behandelt werden, kann man Gefahren eindämmen und das Nutzenpotential bedeutender Erdöl- und Erdgaslagerstätten entfalten.*

Weiterführende Fragestellungen, die die Thematik griechischer Fördertätigkeiten in Anschluss an diese Arbeit bereichern könnten, wären zum Beispiel: Wie genau können Staat und Wirtschaft vertraglich agieren, um die Förderprogramme für beide Seiten nutzenbringend zu betreiben? Wie kann die Bekämpfung der Holländischen Krankheit im Fall Griechenland aussehen? Welche konkreten Wege gäbe es zur Überwindung der Grenzstreitigkeiten, in die Griechenland involviert ist? Wie genau sähe es aus, wenn die EU mit Hilfe der griechischen – aber auch der zyprischen und israelischen Kohlenwasserstoffreserven – eine Diversifizierung der Energieimporte erreichen könnte? Um diese Fragen letztendlich beantworten zu können, müsste erst bestätigt werden, wie es um die Rohstoffvorkommen vor den Küsten Griechenlands steht. Demzufolge wird offenbar, dass man hinsichtlich der behandelten Thematik noch am Anfang steht und viel Zeit vergehen wird, um sie endgültig und umfassend einordnen zu können.

Literaturverzeichnis

- Angelantoni, André, Fantazzini, Dean und Höök, Mikael 2011. Global oil risks in the early 21st century. *Energy Policy* 39, 7865–7873. Online im Internet: URL: <http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0301421511007245#> [Stand 2014-02-20].
- Axt, Heinz-Jürgen 1992. *Griechenlands Außenpolitik und Europa: Verpaßte Chancen und neue Herausforderungen*. 1. Aufl., 61 Bde. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft (Aktuelle Materialien zur Internationalen Politik, 26).
- Axt, Heinz-Jürgen und Kramer, Heinz 1990. *Entspannungen im Ägäiskonflikt?: Griechisch-türkische Beziehungen im Ägäiskonflikt*. 1. Aufl., 61 Bde. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft (Aktuelle Materialien zur Internationalen Politik, 22).
- Beck, Martin 2007. Der Rentierstaats-Ansatz und das Problem abweichender Fälle. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 14(1), 43–70. Online im Internet: URL: http://www.zib.nomos.de/fileadmin/zib/doc/ZIB_07_01.pdf [Stand 2014-03-09].
- Bernal-Agustín, José L., Dufo-López, Rodolfo und Sarasa-Maestro, Carlos J. 2013. Photovoltaic remuneration policies in the European Union. *Energy Policy* 55, 317–328. Online im Internet: URL: <http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0301421512010567> [Stand 2014-02-18].
- Bruneton, Alain, Foskolos, Anthony und Konofagos, Elias 2011. *Economic and Geopolitical Importance of Eastern Mediterranean: Gas Fields for Greece and the E.U. Emphasis on the Probable Natural Gas Deposits Occuring in the Libyan Sea Within the Exclusive Economic Zone of Greece*. URL: http://www.mred-tuc.gr/home/foscolos/2011_foscolos_MW.pdf [Stand 2014-03-04].
- Buhr, Daniel, u.a. 2006. *Wirtschaftspolitik für Politologen*. Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh.
- Bundeszentrale für politische Bildung 2012. *Energiemix nach Staaten*. Bonn. URL: <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europa/75140/themengrafik-energiemix-nach-staaten> [Stand 2014-02-17].
- Burda, Michael und Wyplosz, Charles 2003. *Makroökonomie: Eine europäische Perspektive*. 2. Aufl. München: Verlag Wahlen.
- Capros, Pantelis, Fragkos, Panagiotis und Kouvaritakis, Nikos 2012. *Prospects for Energy Supply and Demand in the Southern Mediterranean: Scenarios for 2010-30*. (MEDPRO Technical Report). Brüssel, Belgien. URL: <http://www.medpro-foresight.eu/publication/prospects-energy-supply-and-demand-southern-mediterranean-scenarios-2010%E2%80%9330> [Stand 2014-02-11].
- Chadjivassiliadis, John und Stambolis, Costis 2012. *"Project Helios": Can Solar Energy Be Exported?: An Assessment Study*. Athen. URL: <http://www.iene.gr/articlefiles/the%20helios%20study%20iene%20ix%20cs%20final%20draft%2022%2002%202012%20new.pdf> [Stand 2014-02-18].
- Daly, John 2013. *Cash Strapped Greek Government Hopes for Rising Oil Output*. URL: <http://oilprice.com/Geopolitics/Europe/Cash-Strapped-Greek-Government-Hopes-for-Rising-Oil-Output.html> [Stand 2013-02-13].
- Defense & Foreign Affairs 2012. *Greece's New Centrality - and Dilemmas - in Energy*. URL: <http://oilprice.com/Energy/Natural-Gas/Greeces-New-Centrality-and-Dilemmas-in-Energy.html> [Stand 2014-02-13].

- Duero, Arash und Toft, Peter 2011. Reliable in the long run? Petroleum policy and long-term oil supplier reliability. *Energy Policy* 39(10), 6583–6594. Online im Internet: URL: <http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0301421511005982> [Stand 2014-03-11].
- Energean Oil & Gas a). *Prinos*. URL: <http://www.energean.com/Prinos?la=en> [Stand 2014-02-24].
- Energean Oil & Gas b). *South Kavala*. URL: <http://www.energean.com/South-Kavala?la=en> [Stand 2014-02-24].
- Europäische Kommission 2012. *Energy: Sustainable, secure and affordable energy for Europeans*. (The European Union Explained). Brüssel, Belgien. URL: <http://europa.eu/pol/ener/flipbook/en/files/energy.pdf> [Stand 2014-03-04].
- eurostat 2014. *Ihr Schlüssel zur europäischen Statistik*. Luxemburg. URL: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/energy/data/main_tables [Stand 2014-02-15].
- Griechisches Innenministerium 2012. *Parliamentary Elections June 2012*. URL: <http://ekloges.ypes.gr/v2012b/public/index.html?lang=en#%22cls%22:%22-main%22,%22params%22:{}> [Stand 2014-03-06].
- Griechisches Ministerium für Umwelt, Energie und Klimawandel. *Hydrocarbon Exploration in Greece*. URL: <http://www.ypeka.gr/Default.aspx?tabid=765&locale=en-US&language=el-GR> [Stand 2014-02-24].
- Hafner, Manfred, Tagliapietra, Simone und El Elandalousi, El Habib 2012. *Outlook for Oil and Gas in Southern and Eastern Mediterranean Countries*. (MEDPRO Technical Report). Brüssel, Belgien [Stand 2014-02-16].
- Handelsblatt 2013. *Privatisierung des Gaskonzerns Depa geplatzt*. URL: <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/griechenland-privatisierung-des-gaskonzerns-depa-geplatzt-/8326766.html> [Stand 2014-03-05].
- Harks, Enno 2008. Weg vom Öl?: Mehr Pipelines, mehr Lieferanten!: Handlungsoptionen für deutsche Versorgungssicherheit. *Internationale Politik* 63(4), 16–20.
- Heeß, Katja 2010. Vertreibt Privatisierung den Ressourcenfluch? *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 4(2), 295–317. Online im Internet: URL: <http://link.springer.com/article/10.1007/s12286-010-0092-8> [Stand 2014-03-09].
- Heinrich, Andreas und Pleines, Heiko 2012. *Analyse: Die politischen Herausforderungen eines Erdölbooms: Ressourcenfluch und politische Stabilität in Russland*. Bonn. URL: <http://www.bpb.de/internationales/europa/russland/138764/analyse-politische-herausforderungen-des-erdoelbooms?p=all> [Stand 2014-03-09].
- Hellenic Petroleum. *From Past to Present*. URL: <http://www.hellenic-petroleum.gr/online/generic.aspx?mid=112> [Stand 2014-02-24].
- Hellenic Petroleum 2012. *Concise Edition: Annual & Corporate Responsibility Report 2012*. Maroussi. URL: http://www.elpe.gr/Uploads/REPORTS%202012/SYNOPTIKOS_ENG-FINAL.pdf [Stand 2014-02-14].
- Heuterkes, Michael 2008. Der Erdölhandel. Dissertation. Westfälische Wilhelms-Universität Münster. URL: http://repositorium.uni-muenster.de/document/miami/a4c00e16-2635-4932-9456-1562de613d8a/diss_heuterkes.pdf [Stand 2014-03-04].

Höhler, Gerd 2012. Die Griechen hoffen auf Petrodollars. *Handelsblatt* 3. Januar. Online im Internet: URL:

<http://www.handelsblatt.com/politik/international/oelgeschaefte-die-griechen-hoffen-auf-petrodollars/6015022.html> [Stand 2014-02-24].

International Energy Agency 2010. *Oil & Gas Security. Emergency Response of IEA Countries: Greece*. Paris. URL: http://www.iea.org/publications/freepublications/publication/greece_2010.pdf [Stand 2014-03-04].

International Energy Agency 2011. *Greece: 2011 Review*. (Energy Policies of IEA Countries). Paris.

ISN Security Watch 2013. *Natural Gas Discoveries in the Eastern Med Reignite Old Rivalries*. URL: <http://oilprice.com/Energy/Natural-Gas/Natural-Gas-Discoveries-in-the-Eastern-Med-Reignite-Old-Rivalries.html> [Stand 2014-02-13].

Jenisch, Uwe 2006. 10 Jahre neues Internationales Seerecht – Eine Bilanz des UN-Seerechtsübereinkommens 1994-2004. *Natur und Recht* 28(2), 79–86. Online im Internet: URL: <http://link.springer.com/article/10.1007/s10357-005-0884-9> [Stand 2014-03-08].

Karteris, Michael und Papadopoulos, Agis M. 2013. Legislative framework for photovoltaics in Greece: A review of the sector's development. *Energy Policy* 55, 296–304. Online im Internet: URL: <http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0301421512010403#> [Stand 2014-02-18].

Kremer, Martin und Müller-Kraenner, Sascha 2012. *Brüder, zur Sonne! Warum Solarenergie ein Schlüssel zur Reanimierung der griechischen Wirtschaft ist*. Berlin. URL: <https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/ip-die-zeitschrift/archiv/jahrgang-2012/januar-februar/br%C3%BCder-zur-sonne> [Stand 2014-02-17].

Liebig, Klaus und Rondorf, Ulrike 2007. *Dutch Disease aufgrund steigender Entwicklungshilfe – Kluges Management und eine effiziente Mittelverwendung können die Holländische Krankheit verhindern*. Bonn.

Matthes, Felix C. 2008. Wege finden, wenn Ressourcen schwinden: Das Thema Energiesicherheit ist zu wichtig für unreflektierte Scheinlösungen. *Internationale Politik* 63(4), 8–15.

Mazis, Ioannis und Sgouros, Georgios-Alexandros 2012. The Greek EEZ: Principles of a Geopolitical Analysis. *Regional Science Inquiry Journal* 4(2), 139–158.

Meister, Stefan und Viëtor, Marcel 2011. *Südlicher Gaskorridor und Südkaukasus*. Berlin. URL: <https://dgap.org/de/think-tank/publikationen/weitere-publicationen/s%C3%BCdlicher-gaskorridor-und-s%C3%BCdkaukasus> [Stand 2014-02-19].

New York Times 1981. Greeks Start Producing Oil and Gas. *New York Times* 26. Mai. Online im Internet: URL: <http://www.nytimes.com/1981/05/26/business/greeks-start-producing-oil-and-gas.html> [Stand 2014-02-24].

Organisation for Economic Co-operation and Development 2011. *Greece: Review of the Central Administration*. (OECD Public Governance Reviews). URL: <http://www.enap.gr/attachments/article/7230/OECDreport.pdf> [Stand 2014-03-05].

Pagoulatos, George 2010. *The Greek Economy and the Potential for Green Development*. Berlin. URL: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07097.pdf> [Stand 2014-02-17].

Papaconstantinou, C. M. und Proedru, P. 2004. Prinos Basin - A Model for Oil Exploration. *Bulletin of the Geological Society of Greece* 36, 327–333. Online im Internet: URL: http://www.geo.auth.gr/ege2004/articles/PE6_105.pdf [Stand 2014-02-24].

Petroleum Geo-Services 2012. *Greece MC2D GRE-2012*. URL: http://www.pgs.com/en/Data_Library/North_Africa___Middle_East/Greece/ [Stand 2014-02-25].

popovici, Vlad 2012. *The Levantine Basin: A Mediterranean Hydrocarbon Saga Begins for Greece, Turkey, Cyprus and Israel*. URL: <http://www.balkananalysis.com/energy-sector/2012/01/13/the-levantine-basin-a-mediterranean-hydrocarbon-saga-begins-for-greece-turkey-cyprus-and-israel/> [Stand 2014-02-15].

Regal Petroleum 2004a. *Oil Discovery Update*. URL: <http://regalpetroleum.com/news-0255.aspx> [Stand 2014-02-24].

Regal Petroleum 2004b. *Increase in Kavala Oil SA Interest*. URL: <http://regalpetroleum.com/news-0243.aspx> [Stand 2014-02-24].

Regal Petroleum 2005. *Greece Operational Update*. URL: <http://regalpetroleum.com/news-0206.aspx> [Stand 2014-02-24].

Regulatory Authority of Energy 2009. *Report for the Country's Security of Natural Gas Supply*. Athen. URL:

http://www.rae.gr/site/file/system/docs/english_site/natural_gas/supply_security;jsessionid=06edb487313a2dbac4326909e8d57eda1e506b7d764f-fac1a26cdfaee3916c1e.e38OchqPa34Na40LahqPaxiSbxaNe6fznA5Pp7ftol-bGmkTy.

Roll, Michael 2012. *Demokratie statt Ressourcenfluch: Ein neues Modell für ölreiche Entwicklungsländer*. Bonn. URL: <http://library.fes.de/pdf-files/iez/09152.pdf> [Stand 2014-03-09].

Rondholz, Eberhard 2011. *Griechenland: Ein Länderporträt*. 2. Aufl. Berlin: Christoph Links Verlag GmbH.

Sofianos, Nicholas und Stambolis, Costis 2012. *The Role of Greece as A Supply Route to Europe in View of the Latest Gas Discoveries in the East Mediterranean*. (IENE Research Note). Athen. URL: http://www.iene.gr/articlefiles/the%20role%20of%20greece%20as%20a%20supply%20route%20to%20europe_4.1.13.pdf [Stand 2014-02-19].

Springborg, Robert 2011. *Armes reiches Land: Ohne einen wirtschaftspolitischen Neustart kommt Ägypten nicht auf die Beine*. Berlin. URL: <https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/ip-die-zeitschrift/archiv/jahrgang-2011/mai-juni/armes-reiches-land> [Stand 2014-02-17].

Tverberg, Gail 2014. *Why Current Solutions to Solving our Energy Problems Won't Work*. URL: <http://oilprice.com/Energy/Energy-General/Why-Current-Solutions-to-Solving-our-Energy-Problems-Wont-Work.html> [Stand 2014-02-12].

United Nations Convention on the Law of the Sea, 1994 (UNCLOS).

Vereinte Nationen 1998. *The United Nations Convention on the Law of the Sea: A historical perspective*. URL: http://www.un.org/depts/los/convention_agreements/convention_historical_perspective.htm [Stand 2014-03-07].

Weltbank 2014. *World DataBank: World Development Indicators*. URL: <http://databank.worldbank.org/data/views/reports/tableview.aspx?isshared=true&ispopular=series&pid=1> [Stand 2014-02-14].